

Offshore-Windkraft-Industrie

27. Januar 2012, 15:45 Uhr

Bremerhaven und Wilhelmshaven im Streit

Zwischen Bremerhaven und Wilhelmshaven bahnt sich ein Streit um die Offshore-Windkraft-Industrie an. Bremerhavens Oberbürgermeister Melf Grantz (SPD) hat Pläne der Stadt Wilhelmshaven zur Ansiedlung von Unternehmen dieser Branche am Jade-Weser-Port scharf kritisiert.



Die Hafengesellschaft "Nports" unterstützt die Ansiedlung von Offshore-Windkraft-Unternehmen.

Die niedersächsische Landesregierung müsse sich einschalten, forderte Grantz. Er habe mit Erschrecken festgestellt, dass Wilhelmshaven Unternehmen der Offshore-Windkraft-Industrie ansiedeln wolle, um über den neuen Tiefwasserhafen Teile für die Windkraft-Anlagen auf hoher See zu verschiffen.

Bremerhaven wirft Wilhelmshaven Wortbruch vor

Konkrete Pläne sind laut Grantz bereits in Vorbereitung. Das sagte er am vergangenen Donnerstag vor dem Cuxhavener Wirtschaftsrat. Nach den Worten von Grantz verstößt Wilhelmshaven damit gegen alle Absprachen. "Wir hatten uns darauf verständigt, dass Wilhelmshaven ein hervorragender Ergänzungshafen ist für unsere Containerumschlagsbereiche hier. Das ist auch gut und auch richtig so. Nun will man aber auch Gründungselemente für die Offshore-Windenergie in Wilhelmshaven bauen. Das widerspricht den Absprachen, die wir getroffen haben."

Auch Cuxhaven ist sauer auf Wilhelmshaven

Rückendeckung bekommt der Bremerhavener Oberbürgermeister aus dem Kreis Cuxhaven. Auch hier sei man sehr irritiert über die Pläne in Wilhelmshaven, sagte der parteilose Cuxhavener Landrat Kai-Uwe Bielefeld. Es müsse nun geprüft werden, inwieweit das mit der Landesregierung abgesprochen sei.

Niedersachsen will Ansiedlung genehmigen

Die niedersächsische Hafengesellschaft "Nports" hat die geplante Ansiedlung von Windkraftfirmen in Wilhelmshaven verteidigt. Man werde Interessenten dort keine Steine in den Weg legen, so eine Nports-Sprecherin. Sie bestätigte das konkrete Interesse einer Windkraftfirma an einer Hafenfläche im Wilhelmshavener Nordhafen. "Wenn ein Investor unbedingt nach Wilhelmshaven möchte, dann versuchen wir diesen Wunsch zu erfüllen", so die Sprecherin. Man werde Wilhelmshaven nicht davon abhalten, das Ansiedlungsprojekt umzusetzen, heißt es auch aus dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium. Landesgelder für den Ausbau Wilhelmshavens zum Offshore-Basis-Hafen gebe es nicht.

Quelle: <http://www.radiobremen.de/politik/nachrichten/politikoffshorestreit100.html>